



Dossier (Entwurf 2)

Zukunftsfähige Jugendpolitik

Ausbildung für alle + berufliche Zukunft für alle
= Ein Platz in der Gesellschaft

Ein Diskussions- und Positionspapier
der CSP Freiburg

verfasst von
Béatrice Ackermann
Regina Daepf
Bernhard Schafer
Nicolas Haymoz
Maurice Page

1. Einleitung

Dieses Dossier soll als Basis für die Arbeit der CSP in der Jugendpolitik für die nächsten Jahre bis zu den Wahlen 2011 dienen. Es ist kein abschliessendes Papier. Vielmehr ist es eine Art Zwischenbericht. Als solcher soll er Ausgangspunkt sein, um in verschiedenen Themenfeldern der Jugendpolitik interne und externe Diskussionen auszulösen und konkrete Aktivitäten anzupacken. Dadurch werden wir als Partei dazulernen, so dass unser Dossier zur Jugendpolitik Ergänzungen und Korrekturen erfahren wird.

Keine Partei kann so auftreten, als hätte sie für die anstehenden Probleme in der Jugendpolitik die alleinigen Patentlösungen. Aber wir haben gute Ideen, wichtige Fragen und interessante Lösungsansätze. Die wollen wir in die Politik und in die Öffentlichkeit tragen. So übernehmen wir als politische Partei Verantwortung und helfen mit, die Zukunft zu gestalten.

Die Wahlen 2011 werden es zeigen, ob es uns gelungen ist, die Botschaft „Wer an die Jugend denkt, wählt CSP“ rüberzubringen. Die Arbeitsgruppe dankt jetzt schon allen CSP-Mitgliedern, die auf irgendeine Art mithelfen, dieses Dossier umzusetzen. Denn nicht das Dossier allein, sondern das konkrete Engagement zugunsten unserer Anliegen verschafft uns ein überzeugendes Profil.

Im Namen der Arbeitsgruppe

Beatrice Ackermann

Freiburg, 28. Dezember 2010

2. Übersicht

1	Einleitung	
2	Übersicht	
3	Ausgangspunkt	
3.1	Was ist Jugendpolitik?	
3.2	Jugendpolitik: Eine komplexe Aufgabe	
3.3	Die CSP und die Jugendpolitik	
3.4	Politische Bemühungen im Bereich „Jugendpolitik“ im Kanton Freiburg	
3.5	Was macht die Jugendpolitik in den nächsten Jahren so wichtig?	
4	Ziele des Projektes „Zukunftsfähige Jugendpolitik“	
5	Adressaten des Projektes	
5.1	Die politischen Entscheidungsgremien	
5.2	Die CSP-Mitglieder	
5.3	Die Öffentlichkeit	
5.4	Die Medien	
6	Themenfelder	
6.1	Diskussionsfeld „Kohärenz“	
6.2	Diskussionsfeld „Ausserschulische Jugendarbeit“	
6.2.1	Die Jugendarbeit der Jugendvereine	
6.2.3	Die Jugendarbeit der Sport-, Kultur und Musikvereine	
6.2.3	Die offene Jugendarbeit	
6.3	Diskussionsfeld „Berufliche Integration“	
6.3.1	Kindergattestätten und ausserschulische Betreuungsangebote	
6.3.2	Erhalt der Dienstleistungen	
6.3.3	Case-Management	
6.3.4	Das Recht auf eine angemessene Ausbildung	
6.3.5	Sans-Papiers / Jugendliche ohne Aufenthaltsgenehmigung	
6.3.6	Information an die Unternehmen	
6.4	Diskussionsfeld „Vermeidung von Diskriminierung und Stigmatisierung“	
6.4.1	Integrative Schulmodelle statt frühe Selektion	
6.4.2	Psychiatisierung einschränken	
6.4.3	Diskriminierung bei der Lehrstellenvergabe bekämpfen	
6.4.4	Jugendlichen ohne Lehrstelle	
6.4.5	Stipendien statt Sozialhilfe	
6.5	Diskussionsfeld „Nachholbildung für Erwachsene“	
6.5.1	Förderung der Nachholbildung	

3 Ausgangspunkt

3.1 Was ist Jugendpolitik?

Mit dem Begriff „Jugend“ wird die Übergangsphase von der Kindheit ins Erwachsenenalter bezeichnet. In dieser Phase geht es darum, dass junge Menschen Schritt für Schritt die Verantwortung für sich selber übernehmen und ihren Platz in Gesellschaft und Wirtschaft finden.

Die Jugendpolitik hat in diesem Zusammenhang die Aufgabe, jene Voraussetzungen zu schaffen, dass die jungen Menschen eine wirkliche Chance haben, ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen und eine reale Möglichkeit erhalten, sich in die Gesellschaft und Wirtschaft zu integrieren.

3.2 Jugendpolitik: Eine komplexe Aufgabe

Das Thema „Jugend“ wirft viele wichtige Fragen auf. Die Zukunft der Jugend hängt von verschiedensten Umständen ab, die mit ihrer Familie, dem sozialen und kulturellen Umfeld wie auch mit ihren persönlichen Voraussetzungen direkt verbunden sind.

Die Politik muss die Chancengleichheit für alle Jugendlichen sicherstellen. Der Zugang zur beruflichen Grundbildung muss garantiert sein und der Einstieg in die Berufswelt muss gefördert werden, damit alle ein selbständiges und verantwortungsvolles Leben als vollwertige BürgerInnen führen können.

Das Thema „Jugend“ ist komplex und mehrschichtig. Eine enge Zusammenarbeit von Kanton und Gemeinden ist deshalb absolut notwendig und die getroffenen Massnahmen müssen aufeinander abgestimmt sein.

Es liegen viele Studien zu diesem umfangreichen Themenbereich vor. Die Beobachtungen und die getroffenen Massnahmen müssen immer wieder neu überdacht und angepasst werden. Denn auch dieses Themenfeld verändert sich mit dem gesellschaftlichen Wandel ständig.

3.3 Die CSP und die Jugendpolitik

Die Delegiertenversammlung der CSP vom 5. November 2008 hat beschlossen, „Jugend und Bildung“ als eines der Kernthemen für die nächsten Jahre zu behandeln. Dazu wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt.

Die CSP befasst sich seit jeher mit dem Thema „Jugend“, vor allem im Kontext der Familie und ihrem Umfeld. So hat sich die CSP gesamtschweizerisch in den letzten Jahren stark gemacht für höhere Kinder- und Ausbildungszulagen. Gegenwärtig setzt sie sich für Ergänzungsleistungen für Familien ein (Motion Fasel und Beyeler). Die beiden CSP-Grossräte Benoît Rey und Nicole Aeby-Egger haben im März 2009 eine Anfrage zur Zukunft der Motivationssemester und zu den Massnahmen zur Unterstützung der Jugendlichen mit Eingliederungsschwierigkeiten im Grossen Rat eingereicht, Bruno Fasel eine Anfrage bzgl. der Ausbildungssituation im Gesundheitsbereich.

3.4 Politische Bemühungen im Bereich „Jugendpolitik“ im Kanton Freiburg

In der Freiburger Staatsverfassung finden sich verschiedene Artikel, die einen Bezug zur „Jugend“ haben:

„Art. 34 Kinder und Jugendliche

¹ Kinder und Jugendliche haben subsidiär zur Rolle der Familie Anspruch auf Hilfe, Ermutigung und Betreuung auf ihrem Weg zu verantwortungsbewussten Menschen.

² Sie haben Anspruch auf besonderen Schutz ihrer körperlichen und geistigen Unversehrtheit, auch innerhalb ihrer Familie.

³ Sie üben ihre Rechte nach Massgabe ihrer Urteilsfähigkeit selber aus.

Art. 61

Staat und Gemeinden fördern die soziale und politische Integration der Jugendlichen.

Art. 138

1. Staat und Gemeinden anerkennen die Bedeutung des Vereinslebens; sie können Vereine unterstützen und ihnen Aufgaben übertragen.

2. Sie fördern die Freiwilligenarbeit. »

Zudem wurden in den letzten Jahren auf kantonaler Ebene zahlreiche Bemühungen im Bereich der Jugendpolitik unternommen: Jugendgesetz (12.05.06), Stipendiengesetz (14.02.08), Berufsbildungsgesetz (13.12.07), Beitritt zu HarmoS (01.05.10). Im 2009 hat der Staatsrat ein Aktionsplan für die Integration von Migrant/Innen erarbeitet und ein Gesetzesentwurf ist diesbezüglich in der Vernehmlassung.

3.5 Was macht die Jugendpolitik in den nächsten Jahren so wichtig?

Möchten die Gesellschaft und die Wirtschaft zukunftsfähig sein, so müssen sie die Kompetenzen der jungen Menschen optimal fördern. Angesichts der demografischen Entwicklung ist dabei diese Aufgabe doppelt wichtig. Die Gesellschaft und die Wirtschaft brauchen in der nächsten Zeit alle Jugendlichen, um die vielfältigen Aufgaben lösen und erfüllen zu können. Laut dem Bundesamt für Statistik werden im Jahr 2030 100 berufstätige Menschen rund 40 Pensionierten gegenüberstehen. Aus diesem Grund brauchen die Gesellschaft und die Wirtschaft auch die jungen MigrantInnen.

Ihre optimale Integration ist deshalb eine der ganz wichtigen Aufgaben von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft.

Angesichts dieser Tatsache ist es kaum verständlich, dass wir heute feststellen müssen, dass Jugendliche wegen ungenügender Ausbildung die Hauptbezüger der Sozialhilfe sind. Im Jahr 2008 waren 15 % der Sozialhilfebezüger Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahre, und $\frac{1}{4}$ dieser Jungen, also 4% hatten Schwierigkeiten in der Berufsausbildung und bei Integration in den Arbeitsmarkt (Statistik der kantonalen Sozialhilfe).

4 Ziele des Projektes „Zukunftsfähige Jugendpolitik“

Der CSP als politischer Partei ist es ein zentrales Anliegen, dass im Kanton Freiburg der Jugendpolitik besondere Beachtung geschenkt wird. Zentrales Ziel der Jugendpolitik muss es sein,

- **dass es möglichst allen jungen Menschen gelingt, sich in die Gesellschaft und Wirtschaft zu integrieren und ihren Ressourcen entsprechend ein selbstständiges und verantwortungsvolles Leben zu führen.**

Kanton und Gemeinde schaffen dazu optimale Rahmenbedingungen und ergreifen die notwendigen Massnahmen, damit sich Jugendliche, vom Kleinkindesalter bis zum Einstieg in die Arbeitswelt, optimal entfalten können.

Bei der Entwicklung der Jugendpolitik beachten der Kanton und die Gemeinden folgende Punkte:

- Die kantonale Jugendpolitik ist von hoher **Kohärenz** geprägt. Eine Zersplitterung in verschiedene Bereiche, die sich unabhängig voneinander mit Jugendfragen beschäftigen, muss vermieden werden.
- Eine zukunftsfähige Jugendpolitik orientiert sich an den **Ressourcen der Jugendlichen**, nicht an ihren Problemen. Sie fordert und fördert die Jugendlichen, damit sie ihre Möglichkeiten voll zur Geltung bringen können.
- Die gelebte Jugendpolitik ist **frei von Diskriminierung** und Stigmatisierung.
- Mit Hilfe der Massnahmen der Jugendpolitik können **95% der Jugendlichen einen Abschluss der Sekundarstufe II** erreichen.
- Erwachsene, die es in der Jugend verpasst haben, einen Sek-II-Abschluss zu erreichen, wird eine **Nachholbildung** ermöglicht.

5 Adressaten des Projektes

5.1 Die politischen Entscheidungsgremien

Der wichtigste Adressat unserer politischen Arbeit ist der Grosse Rat, aber auch die Gemeinderäte. Um die obigen politischen Ziele erreichen zu können, ist es unsere Aufgabe,

politisch Einfluss zu nehmen. Dies können wir direkt über unsere Grossräte tun oder indem wir eine Initiative oder Volksmotion lancieren.

5.2 Die CSP-Mitglieder

Die Forderungen der CSP müssen von der Parteibasis mitgetragen und unterstützt werden. Dazu sind unsere Anliegen parteiintern intensiv zu diskutieren und demokratisch zu verabschieden. So werden wir fähig, unsere Vorschläge in der Politik und in der Gesellschaft zu vertreten.

5.3 Die Öffentlichkeit

Um unseren Forderungen Gewicht zu verleihen, müssen wir sie in die Öffentlichkeit tragen und die Öffentlichkeit für sie gewinnen.

5.4 Die Medien

Die Medien können uns helfen, unsere Forderungen in die Öffentlichkeit zu tragen. Sie sind über unsere Ideen, Forderungen und Aktivitäten regelmässig zu informieren.

6 Themenfelder

6.1 Diskussionsfeld „Kohärenz“

Die Jugendthematik ist komplex und vielschichtig. Mehrere kantonale Verwaltungsbehörden und Departemente sind involviert (VWD, SJD, EKSD, GSD). Wir schätzen, dass unkoordinierte und nicht aufeinander abgestimmte Massnahmen ein Risiko beinhalten. Die Jugendlichen benötigen kohärente Angebote.

Die CSP unterstützt im Bereich der Jugendpolitik die Bestrebungen mehr Koordination und Kohärenz zu schaffen, und zwar in dreierlei Hinsicht:

- Die verschiedenen Personen und Berufsgruppen, die sich um die Belange der Jugendlichen kümmern, sollen ihre Arbeit besser koordinieren und ihre Zusammenarbeit verstärken, um Doppelspurigkeiten und Konflikte zu vermeiden.
- Für Jugendliche, die keine Lehrstelle finden, soll es nur eine kantonale Struktur geben, an die sie sich wenden können, nicht wie heute verschiedene staatliche Stellen, die unterschiedliche Regelungen kennen (Angebote der Arbeitslosenkasse, kantonale Angebote).
- Die verschiedenen Ämter, die sich mit Jugendfragen beschäftigen, sollen in einem neuen Departement „Jugend und Ausbildung“ (Schul- und Berufsausbildung, Soziales, Kinder- und Jugendinstitutionen) zusammengefasst werden.

Die CSP setzt sich ein für

+ eine bessere Koordination und Kohärenz der Angebote und Massnahmen im Rahmen

der Jugendarbeit;

- + für ein neues Departement, in dem die Ämter, die sich mit Jugendfragen beschäftigen zusammengefasst sind;*
- + eine kantonale Anlaufstelle für Jugendliche ohne Lehrstelle;*
- + eine breite Palette von Angeboten, die eine Antwort geben können auf die verschiedenen Bedürfnisse der Jugendlichen.*

Um eine globale und sinnvolle Jugendpolitik umsetzen zu können, müssen alle Angebote unbedingt aufeinander abgestimmt sein und über den Rahmen der jeweiligen Direktionen hinauswachsen.

6.2 Diskussionsfeld „Ausserschulische Jugendarbeit“

Die ausserschulische Jugendarbeit setzt sich aus drei Elementen zusammen: Die Jugendarbeit der Jugendvereine, die Jugendarbeit der Sport-, Kultur- und Musikvereine und die Jugendarbeit der offenen Jugendarbeit. Die ausserschulische Jugendarbeit orientiert sich nicht primär an den Problemen der Jugendlichen, sondern an ihren Ressourcen.

6.2.1 Die Jugendarbeit der Jugendvereine

Eine besondere Bedeutung für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen haben die Jugendvereine wie z.B. Jungwacht und Blauring (Jubla) und Pfadfinder. Sie bieten Kindern und Jugendlichen ein altersgemässes und kreatives Erfahrungs- und Lernumfeld an und ermöglichen ihnen, vor allem den LeiterInnen, die Übernahme von Verantwortung für andere.

6.2.2 Die Jugendarbeit in Sport-, Kultur- und Musikvereinen

Die wichtige Integrationsfunktion der Vereine muss nicht mehr bewiesen werden. Die zahlreichen Vereine in unserem Kanton schaffen vielen Jugendlichen ein ideales Übungsfeld, um ihre Fähigkeiten und Kompetenzen zu testen und zu verbessern. Im Vereinsleben können Kinder und Jugendliche Sozialkompetenz, Solidarität, Bürgersinn, Demokratie und das Zusammenleben mit Personen unterschiedlichen Alters und anderer Nationalität erlernen. Die Vereine sind Talentschulen. Und der geleistete Beitrag zur Entwicklung der eigenen Persönlichkeit ist unschätzbar wertvoll. In einem begleiteten Rahmen kann der Jugendliche in einer offenen Lernumgebung ausserhalb der Schule und der Familie Erfahrungen sammeln. Die Vereine haben eine wichtige gesellschaftliche Integrationsfunktion.

6.2.3 Die offene Jugendarbeit

Die offene Jugendarbeit schafft Treffpunkte in Gemeinden und Quartieren, wo sich Jugendliche ausserhalb von Vereinstrukturen begegnen und zusammen etwas unternehmen können. Die Leitung dieser Treffpunkte liegt üblicherweise bei ausgebildeten JugendarbeiterInnen. Die Treffpunkte ermöglichen vielen Jugendlichen bei Problemen einen unkomplizierten Zugang zu informellen, aber professionellen Beratungsgesprächen. Die offene Jugendarbeit spielt daher eine wichtige Rolle bei der Prävention.

*Die CSP setzt sich ein für eine Stärkung der ausser schulischen Jugendarbeit. Sie sieht bei der ausser-
schulischen Jugendarbeit folgender Handlungsbedarf:*

- + Kanton und Gemeinden sollen alle Formen der ausser schulischen Jugendarbeit stärker finanziell unterstützen. Insbesondere fordert die CSP einen Fonds für Projekte im Bereich der Jugendarbeit.*
- + Die öffentliche Hand soll die Kompetenzen von Personen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, speziell auch was interkulturellen Fragen betrifft, verbessern.*
- + Für den kantonalen Beauftragten für Kinder- und Jugendfragen soll ein Dienst mit ausreichenden Kompetenzen und finanziellen Mitteln geschaffen werden, damit dieser effizient neue Projekte für Jugendliche anstossen kann.*

6.3 Diskussionsfeld „Berufliche Integration“

Der Bund hat zusammen mit den Kantonen und den Organisationen der Arbeitswelt das Ziel festgelegt, dass 95% eines Jahrganges einen Abschluss auf Sekundarstufe II (Berufsabschluss, Gymnasium) erreicht. Dieses Ziel ist auch für den Kanton Freiburg zu übernehmen. Um dieses anspruchsvolle Ziel zu erreichen, sind verschiedenste Massnahmen, zum Teil schon in der frühen Entwicklungsphase eines Kindes, nötig:

6.3.1 Kindertagesstätten und ausser schulische Betreuungsangebote

Die Schwierigkeiten in der sozialen- und beruflichen Eingliederung sind oft auf die Kindheit und einen schlechten Start ins Schulleben zurückzuführen. Die Kindertagesstätten und die ausser schulische Betreuung bieten eine ideale und mögliche ergänzende Grundlage für das Erlernen des Zusammenlebens (Einkindfamilien, berufstätige Eltern, etc.). Dank ausgebildetem Personal ist die Früherkennung von Schwierigkeiten oder Entwicklungsverzögerungen eher gewährleistet und angemessene Hilfestellungen können Eltern und Kindern angeboten werden. Auf 100 Kinder sollen 30 Betreuungsplätze vorgesehen werden, nicht wie heute 15. Solche Angebote sollen allen zu erschwinglichen Kosten zugänglich sein. Für Kinder von fremdsprachigen Eltern soll der Zugang zu den Betreuungsmöglichkeiten erleichtert werden. Eine finanzielle Unterstützung soll allen Eltern, auch für Personen mit einer F und N-Aufenthaltsbewilligung, zustehen.

6.3.2 Erhalt der Dienstleistungen

Verschiedene Kinder und Jugendliche sind auf Stützmassnahmen angewiesen, um ihre Ressourcen, ihr Potential voll ausnützen zu können. Die öffentliche Hand soll Sonderschul- oder Stützmassnahmen weiterhin in angemessener Weise finanzieren. Zudem sollen Leistungen wie Logopädie, Psychomotorik etc. in ihrer Bedeutung aufgewertet werden.

6.3.3 Case-Management

Ziel des Case-Managements ist es zu verhindern, dass Jugendliche aus dem Bildungssystem herausfallen, bevor sie über eine berufliche Grundbildung verfügen. Schon ab der 7. Klasse sollen die Jugendlichen identifiziert werden, die diesbezüglich gefährdet sind. Das Case-Management soll präventiv und unterstützend wirken, so dass auch die Jugendlichen mit Schwierigkeiten das Ziel erreichen, als Erwachsene ein selbständiges und unabhängiges Leben führen zu können. Das Pflichtenheft der neuen « Case-Manager » muss deren Aufgabe klarstellen und mit den Aufgaben der BerufsberaterInnen, der RAV-BeraterInnen und allfälligen SozialarbeiterInnen abgestimmt sein.

6.3.4 Das Recht auf eine angemessene Ausbildung

Die Angebote der Bildung müssen so sein, dass alle Jugendlichen eine Chance haben, eine ihren Ressourcen und Möglichkeiten entsprechende Ausbildung machen zu können. Das gilt sowohl für die leistungsstarken, die normal begabten, die leistungsschwächeren wie auch für die behinderten Jugendlichen. Hauptverantwortlich dafür sind zuerst die Unternehmen selber. Im dualen System sind sie es, welche die Lehrstellen anbieten. Der Staat hat in erster Linie durch sein Lehrstellenmarketing das betriebliche Engagement zu fördern und in zweiter Linie durch weitergehende Massnahmen wie durch (Teil-)Finanzierung von Angeboten Lücken im Lehrstellenmarkt zu schliessen.

6.3.5 Sans-Papiers / Jugendliche ohne Aufenthaltsgenehmigung

Der Zugang zu Ausbildungen und Lehren nach der obligatorischen Schulzeit für die jugendlichen Sans-Papiers soll ermöglicht werden. Sie sollen nicht für den Aufenthaltsstatus der Eltern bestraft werden, sondern eine reale berufliche Startchance erhalten.

6.3.6 Information an die Unternehmen

Wie viele wissen, dass bei der Anstellung eines Jugendlichen mit Schwierigkeiten, das Unternehmen Fr. 2'000.00 Unterstützung als Anerkennung der speziellen Bemühung erhält? Oder dass während 6 Monaten monatlich Fr. 1'000.00 bei der Anstellung eines Lehrabgängers nach Ende der Berufsausbildung an einen Arbeitgeber ausbezahlt wird? Die Unternehmen sind diesbezüglich besser zu informieren und zu motivieren, Jugendlichen mit Schwierigkeiten eine reale Chance zu geben.

Die CSP setzt sich ein für

- + *eine Erhöhung von ausserschulischen Betreuungsangeboten*
- + *eine Klärung des Pflichtenheftes der Case-Manager*
- + *ein breites Angebot von Ausbildungsplätzen für leistungsstarke, normal begabte, leistungsschwächere wie auch für die behinderte Jugendliche*
- + *Ausbildungsplätze auch für jugendliche Sans-Papiers*
- + *eine bessere Information der Unternehmen über die Unterstützungsmassnahmen, welche das kantonale Berufsbildungsgesetz für Lehrbetriebe vorsieht.*

6.4 Diskussionsfeld „Vermeidung von Diskriminierung und Stigmatisierung“

Eine Jugendpolitik muss darauf achten, dass sie keine Diskriminierung zulässt und mit ihren Massnahmen nicht stigmatisiert. Jugendliche sollen aufgrund ihrer Leistung und nicht aufgrund ihrer Herkunft oder Gruppenzugehörigkeit beurteilt werden. Sie alle sollen die Möglichkeit haben, ihr Potential auszuschöpfen. Dazu sollen sie gefordert, aber auch ihren Möglichkeiten entsprechend gefördert werden – und zwar diskriminierungsfrei.

6.4.1 Integrative Schulmodelle statt frühe Selektion

Integrative Schulmodelle beugen Stigmatisierungen vor. Sie sollen über die ganze obligatorische Schulzeit zur Norm werden. Namentlich auf die Selektion in die Oberstufe ist zu verzichten. Auf die Individualität der Kinder soll eingegangen und deren Begabungen gefördert werden. Kinder mit Schwierigkeiten beim Lernen und mit Sprachdefiziten sind gezielt zu unterstützen. Der Schule sind für diese anspruchsvolle Aufgabe die entsprechenden personellen und fachlichen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

6.4.2 Psychiatisierung einschränken

Jugendliche sollen in ihren Wachstumserfahrungen und Schwierigkeiten möglichst wenig psychiatrisiert werden. Zuerst sollen andere, weniger stigmatisierende Formen der Hilfe angeboten und versucht werden.

6.4.3 Diskriminierung bei der Lehrstellenvergabe bekämpfen

Jugendliche mit Migrationshintergrund haben es schwerer eine Lehrstelle zu finden. Bei der Lehrstellenvergabe ist darauf zu achten, dass Betriebe faire Auswahlmethoden wählen, die einer Diskriminierung vorbeugen. Ein solches Instrument findet sich auf www.zukunftstattherkunft.ch.

6.4.4 Jugendlichen ohne Lehrstelle

Was passiert mit Jugendlichen, die keine Lehrstelle finden? Auch auf diesem Gebiet soll eine Gleichbehandlung gewährleistet werden. Die Aufteilung der Berufswahlvorbereitungsklassen (Motivationssemester, Berufswahlvorbereitungsklassen/ Préformation) in Kategorien von Schulabgängern mit verschiedenen Schwierigkeiten, wie sie seit August 2010 besteht, scheint uns nicht vorteilhaft zu sein, da sie riskiert, bestimmte Jugendliche als speziell schwierig zu etikettieren. Diese Jugendlichen werden noch grösseren Vorurteilen ausgesetzt und riskieren, noch grössere Schwierigkeiten bei der Lehrstellensuche zu haben. Im Motivationssemester haben die Jugendlichen Anrecht auf Arbeitslosengelder, in der Vorausbildung/ Préformation nicht mehr, was auch dementsprechend das Budget der betroffenen Familien mehr belastet. Welche sachlichen Kriterien sind für Jugendliche massgebend, um der einer oder der anderen Kategorie zugeteilt zu werden? Wer entscheidet darüber? Werden die Eltern und der Jugendliche selber angehört? Welche Ausbildungsanforderungen werden an die AusbilderInnen gestellt, welche die Jugendlichen während dem Motivationssemester begleiten? Paradoxerweise ist der finanzielle Zuschuss des Staates am Schrumpfen.

6.4.5 Stipendien statt Sozialhilfe

Jugendliche ohne Ausbildung und Einkommen soll der Zugang zur Sozialhilfe massiv erschwert werden. Statt um Sozialhilfe sollen sie sich um Ausbildungsstipendien bewerben. Es muss alles unternommen werden, dass sie zu einem beruflichen Abschluss kommen. Auch junge Migranten (Aufenthaltsausweis F und papierlose Jugendliche) sollen Zugang zu Stipendien und Berufslehren erhalten.

Die CSP setzt sich ein für

- + *integrative Schulmodelle*
- + *eine diskriminierungsfreie Lehrstellenvergabe*
- + *Stipendien statt Sozialhilfe*

6.5 Diskussionsfeld „Nachholbildung für Erwachsene“

Erwachsene ohne Abschluss auf der Sek-II-Stufe sind besonders gefährdet, erwerbslos zu werden und auf die Sozialleistungen des Staates angewiesen zu sein.

6.5.1 Förderung der Nachholbildung

Personen, die in der Jugend nicht die Möglichkeit hatten, einen Berufsabschluss zu machen, soll - wenn immer möglich - die Chance gewährt werden, einen solchen nachzuholen. Bei der Sozialhilfe und der Arbeitslosenversicherung muss die Ausbildung von Personen ohne Erstausbildung Vorrang vor der Eingliederung in den Arbeitsmarkt haben. Der Aufbau des Validierungssystems soll dazu genutzt werden, Erwachsenen mit langjähriger, qualifizierter Berufserfahrung zu einem Berufsabschluss zu verhelfen.

Die CSP setzt sich

- + *ein für die Nachholbildung für Erwachsene*
- + *ein für den Aufbau des Validierungssystems*
- + *bei der Sozialhilfe für den Vorrang einer Ausbildung vor der Eingliederung in den Arbeitsmarkt.*